Informationen

Renate Niekant

Feminismus und Demokratie

Bericht über die internationale Konferenz »Feminismus und Demokratie: Zur Bedeutung der Frauenbewegung für den Demokratisierungsprozeß in europäischen Staaten«, veranstaltet vom Schwerpunkt Frauenforschung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M. und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung

Vom 28. bis zum 31. März 1996 diskutierte in Frankfurt/M. eine internationale Runde von 35 Historikerinnen und Sozialwissenschaftlerinnen aus überwiegend historischer Perspektive das Verhältnis von »Feminismus und Demokratie«. Eine vergleichende und systematisierende Analyse von Frauenbewegungen in Zeiten radikaler Umbrüche im Europa des 20. Jahrhunderts soll-

te die Erfolge, Einflußmöglichkeiten aber auch Rückschläge von Frauenbewegungen in gesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozessen herausarbeiten. Als zeitliche Abschnitte hatte die Frankfurter Vorbereitungsgruppe die Periode zwischen den Weltkriegen und (den historischen Schwerpunkt ergänzend) die aktuellen Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa seit Ende der 1980er Jahre gewählt. Die Staatenbildung in beiden Phasen ist begleitet von dem Anspruch der Demokratisierung nicht nur des politischen Systems, sondern der gesamten Gesellschaft, des sozialen und kulturellen Lebens. Frauen und Frauenbewegungen sind sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch in der Umbruchszeit Ende der 1980er Jahre in Ost- und Mitteleuropa an dem Beginn der Transformationsprozesse maßgeblich beteiligt und erfolgreich gewesen. Trotzdem ist im Verlauf der Staatenbildung sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch aktuell in Ost- und Mitteleuropa ein rasches Verschwinden der Frauen und Frauenbewegungen von der Arena öffentlicher staatlicher Politik zu beobachten.

Die Frage, worauf dieses »Verschwinden« zurückzuführen ist – ob auf eine »Schwäche des Feminismus«, gesellschaftliche und politische Ausschlußprozesse oder ökonomische Krisen – stellte sich auf der Tagung für jede Wis-

senschaftlerin anders. Während die einen den sozialpolitischen und ökonomischen Kontext betonten (Renate Bridenthal, USA; Ida Blom, Norwegen), stand für andere die Perspektive auf Zivilgesellschaft (Jane Lewis, England; Barbara Einhorn, England) im Vordergrund. Wieder andere richteten ihren Blick vor allem auf Entwicklungen innerhalb der Frauenbewegungen, auf verschiedene frauenpolitischen Strömungen und auf Frauenbewegungskultur (Karen Offen, USA; Ulla Wischermann, Christina Klausmann und Ute Gerhard, Deutschland; Reinhild Schäfer, Deutschland). Die Fragestellungen ließen sich außerdem von länderspezifischen Gegebenheiten und der jeweiligen Ausprägung der untersuchten Frauenbewegung leiten. Beispielhaft sind hier die Beiträge von Andrea Peto (Ungarn) über die ungarische Frauenbewegung der Zwischenkriegszeit, von Christine Bard (Frankreich) über die französische Frauenbewegung und von Vlasta Jalusic (Slowenien) über die Frauenbewegung in Slowenien zu nennen. Die Vorträge von Linda Edmondson (England) über die staatliche Frauenpolitik in der frühsozialistischen Periode der UdSSR und von Anne Hampele (Deutschland) über die Frauengruppen im oppositionellem Milieu der 1980er Jahre der DDR warfen in ihrer Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Gleichheitsprinzip und der Opposition von Frauenbewegung in einem staatssozialistischen System ihrerseits spezifische Fragen auf. Aufgrund der Vielfalt und auch Disparität der Perspektiven gab es während der Tagung keine eindeutigen gemeinsamen Antworten auf Fragen nach Handlungsspielräumen und politischem Einfluß von Frauenbewegungen sowie nach der Bedeutung des Frauenwahlrechts und einem Konzept von Staatsbürgerrechten, das die politische Partizipation und soziale Teilhabe von Frauen gewährleisten könnte. Während der Tagung entstand aber ein

vielschichtiges Bild von der Wechselwirkung zwischen tradierten Ausschlußmechanismen, antifeministischen Gegenbewegungen und dem Verlust politischer Handlungsfähigkeit der Frauenbewegungen durch Ausdifferenzierungsprozesse, Generationenkonflikte und frauenpolitische Distanz gegenüber Formen institutioneller parlamentarischer Politik. Die These von einer solchen Wechselwirkung zwischen Demokratisierungsprozessen und Politik der Frauenbewegungen war der »rote Faden«, der sich durch die Vorträge und Diskussionen während der Konferenz zog und den ich nun anhand einiger Vorträge genauer nachzeichnen möchte.

Das erkämpfte Wahlrecht für Frauen und seine Folgen

Für Frauen und Frauenbewegungen führten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Zwischenkriegszeit zu einer »paradoxen Situation« (Renate Bridenthal, USA). Das erungene Wahlrecht, gelockerte Verhaltensvorschriften und der Umbruch in Konventionen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der 20er Jahre bedeutete ein »Mehr« an Freiheit für Frauen und ein »Mehr« an Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Folgen der ökonomischen Krise, reaktionäre Ideologien und die kaum veränderte Rechtslage im Ehe-, Familien- und Arbeitsrecht setzten jedoch der politischen Partizipation von Frauen beträchtliche Grenzen und wiesen Frauen zurück in traditionelle Weiblichkeitsideale und Zuständigkeitsbereiche. Der Einfluß der Frauenbewegungen wird angesichts solcher Paradoxien und angesichts der Labilität der politischen Systeme, die in der Regel eine Folge solcher Umbruchsprozesse ist, nachhaltig geschwächt.

Die Einbindung der historischen Frauenbewegungen in den politischen Kontext ihrer Zeit und ihres Landes for-

cierte Ausdifferenzierungsprozesse zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der Frauenbewegungen und ließ sie tendenziell vereinnehmbar werden. Die historischen Frauenbewegungen sind verflochten mit sehr gegensätzlichen politischen Strömungen wie Sozialismus, Liberalismus oder Faschismus, und sie sind verbunden mit religiösen Bewegungen (Karen Offen). National ausgerichtete Frauenorganisationen standen in der Zwischenkriegszeit konträr zu international ausgerichteten Initiativen. Hier lassen sich auch Anhaltspunkte für das Versagen der mitteleuropäischen, insbesondere deutschen und österreichischen Frauenbewegungen gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus finden. So zeigte Johanna Gehmacher (Österreich) anhand der »Nachfolgeansprüche« deutschnationaler und nationalsozialistischer Politikerinnen in Österreich, wie diese ihre Anknüpfungspunkte an politische Anliegen der bürgerlichen Frauenbewegung in Österreich konstruierten. Das Konzept der »Gemeinschaft« und das Konzept von »Geschlecht« dienten zur Vereinnahmung frauenpolitischer Ziele durch deutschnationale und nationalsozialistische Politik. Die ständische Orientierung der bürgerlichen Frauenorganisationen ließ sich in das Konzept der Volksgemeinschaft integrieren; das Konzept der Geschlechterdifferenz und der »getrennten Sphären« wurde im anti-emanzipatorischen Sinn gewendet.

Der Erfolg des errungenen Frauenwahlrechts verband also die verschiedenen Richtungen innerhalb der historischen Frauenbewegungen nicht zu einer gemeinsamen Politik, sondern forcierte eher das Gegenteil. Jane Lewis machte für die Zeit seit Anfang der 1920er Jahre eine Ausdifferenzierung zwischen egalitär ausgerichtetem Gleichheitsfeminismus und differenzfeministischem »Neuen Feminismus« in Großbritannien aus. Ida Blom stellte einen sich vertiefenden Bruch zwischen bürgerlicher Frauenbe-

wegung und sozialistischer Frauenbewegung in Norwegen fest, der laut Karen Offen auch als eine Folge der russischen Revolution einzuschätzen ist. Ulla Wischermann, Christina Klausmann und Ute Gerhard betonten einen anderen, gleichfalls problematischen Effekt des Erfolges: eine Entfernung zwischen den Frauengenerationen, der einen »komplexen Generationskonflikt« innerhalb der historischen deutschen Frauenbewegung verstärkte und zu einem Verlust politischer Basis und politischer Handlungsfähigkeit führte. Außerdem sah sich die deutsche Frauenbewegung nach der Erlangung des Wahlrechts mit einem antifeministischen Rückschlag einerseits und Vereinnahmungsstrategien der etablierten Parteien andererseits konfrontiert. Die Frauenbewegung reagierte auf diese Entwicklungen defensiv, zog sich aus dem Kampf um gleichen Rechte zurück und verlagerte ihr Engagement auf eine Politik des »weiblichen Standpunktes«, mit besonderer »differenzfeministischer« Betonung der Zuständigkeit von Frauen für Sozialpolitik.

Der Rückzug auf lokale und kommunale Sozialpolitik und Bildungsarbeit ist nicht nur für die Frauenbewegung in der Weimarer Republik symptomatisch, sondern wurde von Jane Lewis auch für die britische Frauenbewegung, von Ida Blom für die norwegische und von Beatrix Mesmer für die Schweizer Frauenbewegung konstatiert. Während die Frauenbewegung der Schweiz auf diesem Wege, auch ohne Stimmrecht, ihren Einfluß entfalten konnte (Beatrix Mesmer, Schweiz), brachte es für die anderen Frauenbewegungen eher einen Ausschluß von dem Bereich nationaler parlamentarischer Politik mit sich. Dies muß aber nicht allein als Ausdruck einer Tendenz zur »Selbstisolierung« der Frauenbewegungen (Ulla Wischermann, Christina Klausmann und Ute Gerhard) gesehen werden, sondern kann auch der wirtschaftlichen Krise

und der Notwendigkeit zur »Selbsthilfe« vor Ort geschuldet sein (Renate Briendenthal).

Die »Falle der Zivilgesellschaft«?

In ihrem Einführungsreferat verband Barbara Einhorn den historischen Schwerpunkt der Konferenz mit der abschließenden Podiumsdiskussion zwischen Marina Beyer (Deutschland), Jana Cviková (Slowakei), Olga Lipovskaja (Rußland) und Vlasta Jalusic (Slowenien) zur gegenwärtigen Situation in Ost- und Mitteleuropa. Der Übergang der nachsozialistischen Staaten zur liberalen, repräsentativen Demokratie sei gekoppelt an den Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft und bedeute für Frauen einschneidende »rückschrittliche« Auswirkungen hinsichtlich politischer und symbolischer Repräsentation sowie ökonomischer und sozialer Rechte. Es ist ein Rückgang im Anteil von Frauen in politischen Institutionen festzustellen. Frauen bilden zudem im Verlauf des ökonomischen Umbruchs die Mehrheit der Arbeitslosen, bei einem gleichzeitigen Verlust sozialer Rechte. Die geschlechtsspezifische Basis des liberal-demokratischen Modells, das in seiner Konzeption von Staatsbürgerrechten Frauen ausgrenzt, wird somit auf den verschiedenen Ebenen von Politik, Wirtschaft und sozialem Alltag durch eine Reorganisation der Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit in den nachsozialistischen Staaten umgesetzt. Das ist eine wesentlich andere Ausrichtung des Demokratisierungsprozesses als jene der Zwischenkriegszeit, die immerhin eine Loslösung von Traditionen versprochen hatte.

Auffällig ähnlich aber, so Barbara Einhorn, sind sich die Entwicklungen der Demokratisierungsprozesse der Nachkriegszeit und der aktuellen Situation in Ost- und Mitteleuropa in der Herausbildung von autoritären Tenden-

zen, die sich verknüpften mit »nationalistischen Versionen kollektiver Identität«. Diese Tendenzen und die Auswirkungen der ökonomischen Krisen schwächen den Einfluß der Frauenbewegungen wie auch der außerparlamentarischen Bürgerrechtsbewegungen. »Civil Society« als das »leuchtende Motto des Dissidentendiskurses« ist vor diesem Hintergrund kritisch zu betrachten, hob Barbara Einhorn hervor und sprach damit vor allem die Politik der Frauenbewegungen an. Dieser kritischen Anfrage schloß sich Vlasta Jalusic an. Ähnlich wie die historischen Frauenbewegungen konzentrieren sich die ost- und mitteleuropäischen Frauen und Frauenbewegungen auf lokale und kommunale Sozialpolitik, Bildungsarbeit und die Organisation von Selbsthilfegruppen. Sie agieren aus lokalen »Graswurzel«-Gruppen heraus, statt Opposition in den politischen Institutionen zu organisieren. Die Staatenbildung bleibt männlichen Politikern vorbehalten. Es erscheint zweifelhaft, inwieweit Frauenbewegungen tatsächlich über außerparlamentarische Initiativen Zugang zur Macht erlangen können. Ist das zivilgesellschaftliche Credo von der freien Selbstorganisation der BürgerInnen für Frauenbewegungen eher eine »Falle«? Jana Cviková hielt dieser Kritik entgegen, daß die Selbstorganisation und Vernetzung der Bürgerrechtsinitiativen in der Slowakei die einzig mögliche Politik gegenüber dem autoritärer werdenden Staat darstellt.